Nr. 317 XXVIII. Jahrgang

Donnerstag, 30. Dezember 1920

# Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Ziffer- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Nachweisanzeigen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Poststisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.20, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Dresden Nr. 2060

Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

## Reichsverkehrskonferenz

In Dresden fand am Dienstag die dritte Präsidentenkonferenz der Reichseisenbahnen unter Leitung des Reichsverkehrsministers Gröner statt. Außer einer Reihe laufender Verwaltungsangelegenheiten wurde die wirtschaftliche und politische Lage der Eisenbahnen besprochen. Strengste Beschränkung in den sächlichen Ausgaben und im Materialverbrauch, Zurückführung der Personalschaft auf das notwendige Maß, sorgfältigste Ausbildung des Personals zur Erzielung hochwertiger Leistungen wurden als dringendste Aufgaben des kommenden Jahres bezeichnet, um in Verbindung mit der vom Tarifausschuß des Sachverständigenbeirats empfohlenen Tariferhöhung die wirtschaftliche Gesundung des Eisenbahnbetriebes herbeizuführen. Es wurde darauf hingewiesen, daß ein beginnendes Wiedererstarken des ganzen Apparats und ein wachsendes Interesse des Personals an den Leistungen der Eisenbahnen festgestellt werden könne. Beides werde allerdings durch die ernste Bewegung in der Beamtenschaft und die Versuche, die Beamten zu unüberlegten Entschlüssen zu verleiten, gefährdet.

Die Präsidenten erkannten einmütig die Notlage der Beamten in weiten Teilen des Reiches an. Der Minister wies darauf hin, daß Reichsregierung und Parlament die Not der Beamten ebenfalls durchaus anerkannt und durch die im Dezember getroffenen Maßnahmen begonnen hätten, ihr abzuhelfen. Die Beamten müßten sich jedoch darüber klar sein, daß der von ihnen eingeschlagene Weg, durch Streikdrohungen eine Besserung ihrer Lage zu erzielen, falsch sei. Denn die Eisenbahnbeamten würden durch einen Streik, ganz abgesehen von der ungeheuren und verhängnisvollen Erschütterung der ganzen deutschen Volkswirtschaft, die Grundlagen ihrer eigenen Existenz zerstören. Die Reichsregierung werde an dem in der Kundgebung vom 17. Dezember enthaltenen Standpunkt gegenüber dem Beamtenstreik unerschütterlich festhalten. Die vom Minister zu der Kundgebung der Regierung erlassenen Richtlinien wurden den Präsidenten erneut eingeschärft. Der Minister betonte dabei, daß die unbesonnenen Streikdrohungen die Tätigkeit der Verwaltung in der Fürsorge für die Beamten nur erschweren könnten und teilte noch mit, daß an demselben Tage eine vom Kabinett schon vor Weihnachten beschlossene Beratung der Staatssekretäre der beteiligten Ressorts stattfinde zur Erörterung der Maßnahmen, die zur weiteren Linderung der Not der Beamten in Betracht käme.

## Die Eisenbahnerbewegung

Mit den Vorbereitungen der Eisenbahnerorganisation zur Urabstimmung über den Streik ist die seit Monaten im Gange befindliche Eisenbahnerbewegung nunmehr in ein entscheidendes Stadium getreten. Die Lage spitzt sich dadurch noch mehr zu, daß von oben her die Vornahme der Urabstimmung zu verhindern versucht wird. Es liegt folgende Drahtung vor:

× Berlin, 29. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) **Der Eisenbahndirektionspräsident in Berlin verbot unter Androhung der sofortigen Amtsenthebung die Urabstimmung der Beamtenschaft über den Streik. Trotz dieses Verbotes wurde die Abstimmung fast in allen Amtsbereichen durchgeführt. Dem Vernehmen nach hat die Abstimmung der Beamtenschaft keine Zweidrittelmehrheit für den sofortigen Streik gebracht.**

In verstärktem Maße ergreifen nunmehr die Eisenbahner zur Begründung ihres Vorgehens das Wort. U. a. schreibt uns der Aktionsausschuß der verbündeten Eisenbahnergewerkschaften Bez. Sachsen über die

**jetzigen Einkommen der Eisenbahner**

folgendes:

„Die verbündeten Eisenbahnerorganisationen, der Deutsche Eisenbahnerverband, die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter und die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner, erachten es für zweckmäßig, den in der Oeffentlichkeit verbreiteten Gerüchten über die Einkünfte der Eisenbahnbeamten und Arbeiter entgegenzutreten. Nach den der Reichsregierung und dem Reichstag übermittelten statistischen Unterlagen befinden sich in den Besoldungsgruppen I bis VII der Eisenbahnbeamten zur Zeit 42 Dienstaltersstufen unterhalb des amtlich festgestellten Existenzminimums für November 1920. Diese 42 Dienstaltersstufen umfassen 277 000 Eisenbahnbeamte von insgesamt 378 000, das sind rund 75 Prozent der deutschen Eisenbahnbeamten überhaupt. Die Eisenbahnerorganisationen sind der Ueberzeugung, daß es sich hier nicht mehr um eine beamtenpolitische Angelegenheit, sondern vielmehr um eine Angelegenheit von höchster allgemeinpolitischer Bedeutung handelt. In der gleichen Weise wie bei den Beamten wird von den hohen Löhnen der Eisenbahnarbeiter gesprochen. Der jetzige Reichslohntarif zerfällt in acht Lohn- und fünf Wirtschaftsklassen, wozu noch sieben Altersklassen kommen, so daß 260 verschiedene Lohnsätze vorhanden sind, wie dem Eisenbahnarbeiter im günstigsten Falle unter Einbeziehung eines Teuerungszuschlages einen Stundenlohn von 5,80 M. und im ungünstigsten Falle von 3,30 M. garantieren. Für weibliche Beschäftigte ist der Höchstlohn 3, der niedrigste 2 M. Unter Berücksichtigung dessen, daß der Höchstlohn nur in den 17 deutschen Großstädten erreicht wird und daß die Privatindustrie höhere Löhne zahlt, glauben die Eisenbahnerorganisationen, daß die Oeffentlichkeit den gerechten Forderungen der Eisenbahner sympathisch gegenübersteht."

Auch in Dresden hat die Eisenbahnerbewegung schon tiefe Wurzeln geschlagen. In temperamentvoller Weise beschäftigte sich mit der gegenwärtigen Lage eine Versammlung in den Reichshallen, über die uns folgender Bericht zugeht:

Der Verbandsvorsitzende Elbus wies in seinem Referat auf die Mißstimmung hin, die dadurch hervorgerufen worden sei, daß die Beamten durch den langsamen Gang der Beratungen über die Besoldungsordnung auf eine harte Geduldsprobe gestellt worden seien und bisher nur eine vorläufige Einstufung erreicht hätten, ohne zu wissen, wann und wie eine endgültige Entscheidung erfolgen werde. Die Erfüllung der Wünsche der Beamten sei unter Hinweis auf die Finanznot des Reiches abgelehnt worden, obwohl das Reich große Summen für Auslandsdeutsche, die Reichswehr und für andre Zwecke aufwende. Mit der Vorschlußwirtschaft sei den Beamten nicht geholfen. Verbitterung müsse es auch erregen, daß die hohen Gehälter als Ursache der Finanznot des Reiches angegeben, die hohen Ausgaben für Materialien aber nicht erwähnt würden. Der Deutsche Beamtenbund habe sich nicht auf die Seite der Eisenbahner gestellt, aber die deutschen Eisenbahnbeamten und Eisenbahnarbeiter hätten durch gemeinsames Handeln der vier Großorganisationen der deutschen Eisenbahner eine Einheitsfront gebildet und seien entschlossen, von ihren berechtigten Forderungen nicht abzuweichen. Um den Willen der Eisenbahner kundzutun, sei es notwendig, die geplante Urabstimmung vorzunehmen. Nach kurzer Aussprache wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die am 29. Dezember in den Reichshallen Dresden zahlreich versammelten Eisenbahnbeamten und Anwärter erheben einmütig schärfsten Protest gegen das Telegramm der Eisenbahngeneraldirektion bzw. des Reichsverkehrsministers, in dem allen Beamten in und außer Dienst, die für den Streik agitieren, disziplinarische Maßregeln angedroht werden. Die Versammlung erblickt in diesem Telegramm eine Verhöhnung der Beamtenschaft, ein klägliches Angstprodukt der Regierung. Die Versammlung ist sich der schweren Folgen, die ein Eisenbahnerstreik für das gesamte Wirtschaftsleben mit sich bringen würde, voll bewußt. Sie muß aber die Verantwortung hierfür der Regierung zuschieben, die nur mit ganz unzureichenden Mitteln die von ihr anerkannte Notlage der Beamtenschaft beseitigt habe. Die Versammlung gelobt, getreu hinter ihren Führern zu stehen und auch vor den letzten gewerkschaftlichen Mitteln — dem Streik — nicht zurückzuschrecken, wenn die Verhandlungen mit der Regierung zu keinem befriedigenden Ergebnis führen."

Nach der Annahme dieser Entschließung wurde noch lange über die Urabstimmung gesprochen. Alle Redner sprachen sich für die Teilnahme aller Beamten an der Abstimmung aus.

•

### Konferenz der deutschen Finanzminister

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, wird die Konferenz der bundesstaatlichen Finanzminister, die am 6. oder 7. Januar in Bamberg stattfindet, von ziemlich weittragender Bedeutung sein. Wie bekannt, befinden sich die einzelnen Bundesstaaten in erheblicher finanzieller Bedrängnis, weil sie vom Reich die fälligen Steuerbeträge nicht erhalten können, anderseits vermag sie aber auch das Reich nicht aus ihrer Notlage zu befreien, weil die Steuern nicht in dem wünschenswerten Umfange eingegangen sind. Die Finanzminister werden sich deshalb in erster Linie dahin schlüssig machen, in welcher Weise die vom Reich zu zahlenden Steuerbeträge für die Bundesstaaten sichergestellt werden können. Man ist sich darüber einig, daß irgendwelche Mittel und Wege gefunden werden müssen, um die Finanznot der Bundesstaaten wenigstens einigermaßen zu beseitigen. In zweiter Linie werden sich die Finanzminister mit dem Vollzugsgesetz zum Landessteuergesetz beschäftigen. Auch hier gilt es, einige grundlegende Vereinbarungen zu treffen. Die Konferenz ist übrigens auf eine sächsische Anregung hin von dem bayrischen Finanzminister einberufen worden. Soweit bisher bekannt ist, haben sämtliche bundesstaatlichen Finanzminister ihr Erscheinen zugesagt.

•

### Verbesserungen im Fernsprechverkehr

Reichspostminister Giesberts hat in einer Unterredung sich dahin geäußert, daß die Reichspostverwaltung demnächst größere Reparaturen im deutschen Fernsprechwesen beabsichtige. Eine ausführliche Denkschrift darüber werde dem Reichstag Anfang Februar zugehen. Allerdings seien die Reparaturen nicht so einfach, wie das Publikum es sich denke. Der Fernsprecher sei erst durch den Krieg als schnellstes Nachrichtenübermittlungsinstitut zur Geltung gekommen. Dadurch wäre eine Ueberlastung der Aemter eingetreten, die mit den augenblicklichen technischen Hilfsmitteln kaum noch zu bewältigen sei. Es müsse daher ein größerer Ausbau des bisherigen Leitungsnetzes unter besonderer Berücksichtigung der Fernverbindungen sowie eine zweckmäßigere Ausgestaltung der Leitungen durchgeführt werden. Es handelt sich dabei um die Anlage eines in seinen Grundformen schon in den letzten zwei Friedensjahren geplanten unterirdischen Fernsprechkabelnetzes zwischen den einzelnen Hauptstädten Deutschlands, durch das die Zahl der möglichen Fernverbindungen durch entsprechende Kabelleitungen so weitgehend verdröhnt werden kann, daß selbst bei außergewöhnlichem Andrange alle normalen Fernverbindungen zwischen zwei großen Verkehrszentren Deutschlands innerhalb weniger Minuten hergestellt werden können. Das Netz soll in etwa vier Jahren ausgebaut werden, so daß mit dem Jahre 1925 die Leistungsfähigkeit des deutschen Fernsprechnetzes etwa auf den Stand gebracht wird, wie es heute in den östlichen Staaten der Vereinigten Staaten schon vorhanden ist. Dort sind heute Verbindungen zwischen New-York und Chicago in der Zeit von zwei bis fünf Minuten gewährleistet. — Die Fernsprechanleihe habe bisher etwa eine Milliarde Mark ergeben, und mit diesem Gelde seien viele Reparaturen und notwendige Ausbesserungsarbeiten ausgeführt worden. Er könne also sein Urteil nur dahin zusammenfassen, daß die Postanleihe das Fernsprechwesen vor dem vollständigen Zusammenbruch gerettet habe.

In der Lohn- und Gehaltsbewegung der Post- und Eisenbahnbeamten meinte der Minister, daß die Erfüllung ihrer Forderungen das Reich um rund drei Milliarden Mark belasten würde. Er verkenne die Not dieser Beamten keineswegs, glaube aber nicht, daß ein Streik bessernd wirken würde, sondern hoffe, daß diese Frage in mündlicher Aussprache erledigt werden könnte.

•

### Bayern gegen die Ortsklasseneinteilung

+ München, 29. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Auf Drängen der Beamtenschaft des Landes hat das bayrische Finanzministerium gegen die vom Reichsfinanzministerium vorgeschlagene Ortsklasseneinteilung Widerspruch erhoben, weil sie die in Bayern herrschende Teuerung verkenne und die bayrischen Städte gegenüber den andern im Reiche benachteilige. Bei den demnächst in Berlin stattfindenden Verhandlungen wird Bayern einen eigenen Entwurf zu einer bayrischen Ortsklasseneinteilung vorlegen.

### Der 18. Januar

Das Wolffsche Bureau teilt mit: Zur Frage der Feiertags 18. Januar 1921 hat sich die Reichsregierung dahin schlüssig gemacht, von der Bestimmung dieses Tages als eines gesetzlich anerkannten Feiertages im Wege der Gesetzgebung abzusehen. Sie erachtet es aber als wünschenswert, daß an diesem Tage in den Schulen der Einigung der deutschen Stämme durch die Gründung des Reiches und seines nunmehr 50jährigen Bestehens in angemessener Weise gedacht werde. In einem Rundschreiben an die Landesregierungen spricht der Reichsminister des Innern die Bitte aus, in dieser Richtung alsbald das Weitere veranlassen zu wollen.

## Die Kämpfe um Fiume

Die römischen Zeitungen melden, daß der Ministerpräsident Giolitti Vertreter verschiedener Kammergruppen empfangen habe, die Auskünfte über die Ereignisse von Fiume erhalten hätten, und daß Giolitti die übertriebenen Gerüchte von Toten und Verwundeten Lügen strafte mit dem Hinzufügen, er habe befohlen, Blutvergießen möglichst zu vermeiden. Er bestritt auch, daß Artillerie auf Privathäuser geschossen habe, und legte dar, man müsse das Vorgehen gegen Fiume beschleunigen, um einem Eingreifen vom Auslande her zuvorzukommen. Die Abgeordneten erklärten nach dieser Unterredung, sie hielten das Verfahren der Regierung für gerechtfertigt.

Im Widerspruch hierzu steht folgende Stefani-Meldung:

× **Rom, 29. Dezember. Bis jetzt haben die Truppen vor Fiume etwa 20 Tote und 100 Verwundete gehabt. Vier Brücken auf der Seite von Mezina wurden von den Legionären gesprengt.** In der Stadtratssitzung in Rom gab der Bürgermeister der besorgten Stimmung der Bevölkerung infolge der Ereignisse bei Fiume Ausdruck und schlug vor, die Sitzung zum Zeichen der Trauer aufzuheben und auf dem Kapitol die Trauerfahne zu hissen. Sein Antrag wurde unter lauten Kundgebungen in der Versammlung und auf den Tribünen angenommen.

Einer noch nicht bestätigten Meldung des Mailänder „Secolo" zufolge hat die italienische Regierung die Freischärlerarmee d'Annunzios bei sofortiger Niederlegung der Waffen amnestiert. Die Freischärlertruppen sollen daraufhin den Regierungstruppen den Einmarsch in Fiume freigegeben haben.

Von andrer Seite wird dagegen gemeldet:

i. **Rom, 29. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Der Bürgermeister von Fiume hat in einem Funkentelegramm um Waffenstillstand gebeten. Die Regierung soll zu Lande und zur See die Feindseligkeiten einstellen, ihre Truppen zurücknehmen und die Insel räumen. d'Annunzio** seinerseits gibt die Kriegsschiffe einschließlich des „Dante Alighieri" zurück und verspricht, die Freiwilligen innerhalb der Grenzen von Fiume zu halten.

Am Dienstag waren bereits der Leiter der nationalen Verteidigung von Fiume, Venturi, und der Bürgermeister von Fiume in Abbazia mit dem General Ferrario zusammengetroffen. Da die beiden Delegierten der Regentschaft die Verhandlungen eröffnen wollten, ohne sich zum Vertrag: von Rapallo zu erklären, brachte Ferrario unzweideutig zum Ausdruck, daß die rückhaltlose Anerkennung des Vertrages die unerläßliche Vorbedingung jeder Unterhandlung sei. Die Verhandlungen wurden darauf vertagt.

Ueber die innere Lage in Fiume gehen aus Montecitorio allerlei Gerüchte um. Man spricht von Aufständen, die von den Legionären blutig unterdrückt worden wären; anderseits sei ein großer Teil der Bevölkerung bereit, sich mit d'Annunzio zu opfern. Die Nachricht von der Ermordung d'Annunzios ist als falsch zu betrachten.

•

### Blutiger Fortgang des Kampfes?

i. **Mailand, 29. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die Hoffnung, daß d'Annunzio sich ergeben werde, hat sich nicht erfüllt. Die Kämpfe in Fiume dauern an. Die Truppen der Regierung erhielten Befehl, soweit wie möglich Blutvergießen zu vermeiden und die Häuser der Stadt zu schonen. Der Kampf tobte gestern mit großer Hartnäckigkeit. In der Stadt herrscht eine furchtbare Aufregung. Man meldet Kämpfe zwischen Bürgern und Truppen. Die Truppen d'Annunzios haben die Wälder in der Umgebung der Stadt in Brand gesteckt. Ein Pulvermagazin in Fiume ist in die Luft geflogen.**

•

### Die Frontkämpfer für d'Annunzio

i. **Mailand, 29. Dezember.** (Eig. Drahtbericht.) Der „Secolo" berichtet, daß der Exekutivausschuß der Frontkämpfer eine Tagesordnung annahm, in der die Mitglieder aller Sektionen aufgefordert werden, sich mit äußerster Entschlossenheit gegen die Regierung Giolittis zu erheben. d'Annunzio wird gleichzeitig die Bewunderung der Frontkämpfer ausgesprochen.

## Kredithilfe und Preisanarchie

Von unserm Id.-Mitarbeiter

Wien, 27. Dezember

Das sehnsüchtig erwartete Weihnachtsgeschenk ist ausgeblieben und Oesterreich trauert ihm aufrichtig nach. Man hatte gehofft, daß die Besprechungen des Vorsitzenden der Wiener Sektion der Reparationskommission mit den englischen Staatsmännern Erfolg haben und uns die so heiß ersehnte ausgiebige Kredithilfe bringen würden. Sir Goode hatte eine sehr umfangreiche Denkschrift ausgearbeitet, in der er die verzweifelte Lage Oesterreichs den tatsächlichen Verhältnissen ganz entsprechend schilderte und Mittel zur Abhilfe empfahl. Darunter waren vor allem die Gewährung eines Ententekredits von 265 Millionen Dollar zur Sanierung der finanziellen Verhältnisse und außerdem Kredite für Lebensmittel und Rohstoffe vorgeschlagen. Dazu sollte dann noch eine große innere Anleihe unter Garantie der Entente kommen und mit den aus- und inländischen Krediten sollte auch allmählich das Valutaelend behoben werden.

Seit Wochen wurden hier fast Tag für Tag Bulletins über den Stand der Verhandlungen Goodes in Paris und London ausgegeben, die, sekundiert von sehr wohlwollenden Aeußerungen der französischen und englischen Presse, darunter des „Temps" und der „Times", die Hoffnung auf Gelingen der Hilfsaktion wecken mußten. Allgemein erwartete man die günstige Entscheidung für Weihnachten. Allein auf einmal wurde auffällig abgewiegelt betont, daß erst Vorverhandlungen zwischen Frankreich und England notwendig seien, daß die Beteiligung Amerikas erwirkt werden müsse, daß aber diese vor dem Amtsantritte des neuen Präsidenten nicht erwartet werden könne. Ob überhaupt und in welchem Ausmaße dann Hilfe kommt, weiß jetzt, nach der Weihnachtsenttäuschung, kein Mensch zu sagen. Gewiß scheint nur zu sein, daß auch der nächste Hoffnungstermin, das Neujahrsfest, vorübergehen wird, ohne die Kredite zu bringen. Da bleibt der Finanzverwaltung, wenn nicht alle Räder der staatlichen Arbeitswerkstätten und alle Federn in den staatlichen Amtsräumen stillstehen sollen, nichts andres übrig, als das Pumpwerk beim Zettelinstitut unausgesetzt in Gang zu erhalten und die Notenflut ständig zu vermehren. Wie da aus der Inflation eine Deflation werden, der Kurs der so tiefgesunkenen Krone sich heben und ein Preisabbau eintreten soll, wissen nicht einmal die Neunmalweisen, Alleswisser zu beantworten, die den ununterbrochenen Verfall unsrer Finanzen, die stete Abnahme der Regierungsautorität und das immer wiederkehrende Steigen der Teuerungswelle ruhig mit angesehen haben.

Und doch muß offen gesagt werden, daß die Preisanarchie hierzulande Dimensionen angenommen hat, die das Schlimmste, das Umkippen der sozialen Ordnung, befürchten lassen. Von scheinbar sehr ferlöser Seite, nämlich von einem der obersten Führer der Christlich-sozialen Partei, ist eine Art Umsturz oder Zusammenbruch schon für die Weihnachtstage in öffentlicher Versammlung prophezeit worden. Er blieb aus, wie alle angesagten Revolutionen auszubleiben pflegen. Allein es wäre sehr gefehlt, daraus zu schließen, daß nun alle Gefahr vorbei sei und Regierung und Parlament ihre Hände in den Schoß legen und den Dingen ihren Lauf lassen dürften. Das ist keineswegs der Fall. In den letzten Tagen ist unter den vielen, schier unzähligen Streiks, von denen wir ständig heimgesucht werden, auch ein solcher in Wiener-Neustadt ausgebrochen. Diese niederösterreichische Stadt ist, abgesehen davon, daß sie eine namhafte Fabrikstadt ist, auch insbesondere ein Knotenpunkt der Südbahn, die wegen der Lebensmittelzufuhr aus Jugoslawien und aus dem Triester Hafen für Wien von der allergrößten Bedeutung ist. Die dortigen Arbeiter haben nun nichts weniger verlangt, als daß die Regierung innerhalb 24 Stunden einen Preisabbau von 50 Prozent bei den lebenswichtigen Artikeln herstelle, weil sonst der Streik ein allgemeiner und der Verkehr gesperrt würde. Dieses befristete Ultimatum war kein verfrühter Faschingsscherz, sondern blutig ernst gemeint. Natürlich war's ein Unsinn und erinnerte lebhaft an jene berüchtigte Sitzung von Volksbeglückern, die die soziale Frage lösen wollten, und wenn sie auch die ganze Nacht beisammen blieben müßten. Aber daß eine bisher allgemein als intelligent geltende Arbeiterschaft zu so verstiegnen Albernheiten sich hinreißen läßt, ist ein warnendes Merkzeichen, wie verzweifelte, wie unerträgliche Zustände in den Preisverhältnissen herrschen. Es macht tatsächlich jeder, was er will, Wucherum, Schieberum und zügellose Profitgier regieren und erzeugen eine unerträgliche Preisanarchie. Und zwar nicht nur bei lebenswichtigen, sondern bei allen Bedarfsartikeln.

Die Regierung arbeitet jetzt an einem neuen Gesetz gegen Preistreiberei und Wucher, das viel schärfer zugreifen soll als das bisherige. Aber ob es nützen wird, ist sehr fraglich. Denn was nützt ein Gesetz, das nicht ausgeführt wird? Wäre das jetzt geltende Gesetz ausgeführt worden, die wahnsinnigen Uebertreibungen in den Preisen hätten nicht platzgreifen können. Die behördlichen Organe gehen an den Schaufenstern der Geschäfte vorbei, schütteln den Kopf über die angeschriebenen Preise, gehen aber dann achselzuckend weiter. Und dann: was ist lebenswichtig? Sind Papier und Bleistift und Tinte nicht „lebenswichtig", weil man sie nicht essen kann? Und darf die Behörde es dulden, daß ein Bogen Konzeptpapier 1 Kr. 50 H., ein Bleistift 36 Kronen, ein Fläschchen Tinte 15 Kronen kostet? Aber sie duldet es. Die Behörden müssen zugreifen, nicht das Gesetz allein.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19201230/1